Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 97 (2017)

Heft: 1049

Artikel: Heuchlerische Ehekritiker

Autor: Jürgensen, Nadine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-736554

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FREIE SICHT

Danke, Donald!

Regelmässige Besucher der USA müssen feststellen: Selten zuvor gab es einen so unpopulären Präsidenten wie Donald J. Trump. Sicher, die eine Seite mochte auch Bush Jr. nicht, die andere Obama. Doch beide lösten nicht so verbreitetes Kopfschütteln aus, wie die aktuelle «Nr. 45». Während des jüngsten US-Aufenthalts begegneten mir Beschreibungen des Weissen Hauses, die von «Peinlichkeit» über «Zirkus» bis «Freakshow» reichten. Diese Einigkeit löst die Frage aus: Gibt es eigentlich gar keinen Vorteil der Trump-Präsidentschaft?

Ich möchte einen Versuch wagen: Die Trump'sche Erschütterung bereinigt die amerikanische Verfassungsordnung. Nicht etwa, indem Trump den Politsumpf Washingtons «trockenlegt», wie versprochen. Nein, vielmehr indem der Präsident erfolgreich alle konkurrierenden Gewalten des Staates gegen sich aufbringt. Aktuell torpediert die Justiz seine Immigrationserlasse. Das Parlament zerpflückt jede Reform von «Obamacare». Die Presse hat ohnehin im Kampf gegen den «Lügenpräsidenten» ihren Daseinszweck gefunden. Selten war das Weisse Haus so isoliert, so zerstritten mit allen anderen Gewalten. Aber warum ist das ein Vorteil? Weil es uns daran erinnert, warum es eine Gewaltenteilung braucht: Damit die Gewalten sich gegenseitig kontrollieren, verlangsamen und auch mal behindern. Selten wurde das so greifbar wie in diesen Tagen. Ich meine: das ist ein Gewinn! Denn wenn sich alle Gewalten allzu einig sind, wenn das Regieren allzu leicht fällt, wenn Gesetze allzu schnell erlassen werden können, dann geht dies meist auf Kosten bürgerlicher Freiheiten. Montesquieu forderte die Gewaltenteilung schliesslich nicht, um Vater Staat effizienter oder schlagkräftiger zu machen, nein, er wollte ihn verkomplizieren und hemmen – und so die Freiheit der Bürger zu schützen. Etwas mehr Konflikt statt Konsens ist daher gesund für eine freiheitliche Demokratie. In diesem Sinne: Danke für die Erinnerung, «Nr. 45»!

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Heuchlerische Ehekritiker

Während nun auch Deutschland bei der «Ehe für alle» vorwärtsmacht – gemeint ist dabei die Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare –, steht die Schweiz weiter still. Zwar hat die grünliberale Politikerin Kathrin Bertschy bereits vor vier Jahren einen Vorstoss eingereicht, doch das Parlament ziert sich. Erst einmal will man in den nächsten zwei Jahren nochmals ganz genau abklären, welche Auswirkungen ein solcher Schritt für unser Rechtssystem hätte. Offiziell genannt werden dabei Steuer- und Sozialversicherungsrecht, Adoptionsrecht und Fortpflanzungsmedizin. Tatsächlich umstritten sind allerdings bloss die beiden letzteren, welche die eingetragene Partnerschaft nicht erlaubt.

Widerstand gegen die Öffnung kam jüngst nicht nur von Konservativen, sondern auch von «Superliberalen», die statt der Ehe für alle ketzerisch die Ehe für keinen fordern. Statt einer staatlich geregelten Ehe verlangen diese Kritiker, jedes Paar möge sich doch seinen eigenen privatrechtlichen Vertrag zurechtschneidern, so käme jeder zu seiner absoluten Freiheit, womöglich gar zu dritt. Mit Verlaub, solche Forderungen sind Heuchelei. Die Ehe entspricht nämlich dem liberalen Gedanken: Sie ist ein preiswerter, standardisierter Vertrag, der auf Solidarität setzt und in unvorhergesehenen Lebenssituationen die Angehörigen absichert. In Verantwortung füreinander wird der Staat entlastet. Durch eine langjährige Rechtspraxis und die stete (teils etwas langsame) Anpassung an neue Umstände ist die Ehe deshalb für Paare, besonders mit Kindern, nach wie vor attraktiv und unbürokratisch. Teuer und kompliziert wird es für die Beteiligten und den Staat im Gegenteil bei ungeregelten Beziehungen. Rasch kann es beispielsweise im Streit um Unterhalt oder Erbe zum Chaos kommen.

Die Ehe hat sich bewährt. Wer sie pauschal als Staatsakt disqualifiziert, macht es sich zu leicht. Vielmehr drängt sich der Schluss auf, dass die Forderung zum jetzigen Zeitpunkt wohl weniger mit Sorge um den Liberalismus als mit anderen (weit weniger liberalen) Widerständen zu tun hat.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.